

Bern, 21. August 2012

Drastisch verschärfte Verfolgung der Bahá'í im Iran

Im Folgenden möchte ich Sie über die jüngsten Angriffe auf die Bahá'í im Iran informieren und Sie höflich anfragen, ob Sie die folgenden Informationen auf der Website [humanrights.ch-Menschenrechtsnews international](http://humanrights.ch-Menschenrechtsnews-international) aufschalten würden:

Die Verfolgung der Bahá'í im Iran hat sich dramatisch verschärft. In den Städten Abadeh, Aligudarz, Bukan, Isfahan, Ivel, Khorramabad, Laljin, Mashhad, Parsabad, Rafsanjan, Ravansar, Shiraz und Semnan gehen die Behörden brutal gegen Anhänger dieser größten religiösen Minderheit des Landes vor. Eine Komponente der Verfolgung besteht darin, die örtliche Bevölkerung gegen die Bahá'í aufzuhetzen. Das geschieht häufig von Moscheen-Kanzeln herab in Verbindung mit Anti-Bahá'í-Propaganda in nationalen Massenmedien, die von der Regierung kontrolliert werden.

Zielscheibe der Verfolgung ist derzeit die nordiranische Stadt Semnan. Dort gehen Regierungsbehörden gemeinsam mit der schiitischen Geistlichkeit koordiniert gegen die Bahá'í vor. Den Bahá'í wird verboten, Gemeindeversammlungen abzuhalten. Man setzt sie unter Druck, nicht mehr mit muslimischen Freunden und Nachbarn zu verkehren und ihren Heimatort zu verlassen, hindert sie am Erwerb ihres Lebensunterhaltes und verwehrt ihnen die Bestattung ihrer Toten. Bahá'í-Schulkinder werden von ihren Lehrern und Klerikern vor ihrer Klasse wegen ihrer Religion gedemütigt und bedrängt, ihrem Glauben abzuschwören.

Ferner stehen Bahá'í unter ständiger Beobachtung. So folgen ihnen überallhin Geheimdienstagenten, die dann vor ihren Wohnungen auftauchen oder sie zum Verhör bringen. In den vergangenen drei Jahren wurden in Semnan 26 Bahá'í wegen ihres Glaubens zu Gefängnisstrafen verurteilt. Acht Bahá'í wurden dieser Tage zu Haftstrafen von sechs Monaten bis sechs Jahren verurteilt. Landesweit befinden sich derzeit über hundert Bahá'í in Gefängnissen, darunter das siebenköpfige informelle Führungsgremium, das sich um die nötigsten sozialen und geistigen Belange der Bahá'í-Gemeinde kümmerte und im August 2010 nach einem Scheinprozess und unter konstruierten Anklagen zu je 20 Jahren Haft verurteilt wurde.

Die verstärkte Terrorisierung und Einschüchterung der Bahá'í entspricht der offiziellen Politik, die Lebensfähigkeit der Bahá'í-Gemeinde im Iran zu zerstören. Das Golpaygani-Memorandum vom 25. Februar 1991 formuliert die iranische Staatsdoktrin im Umgang mit den Bahá'í, die eine stille Strangulierung der Bahá'í-Gemeinde zum Ziel hat. Die Maßnahmen schreiben im Wesentlichen vor, dass Bahá'í als Analphabeten und ungebildet gehalten werden sollten, auf niedrigstem Existenzniveau lebend und stets voller Angst, dass ihnen schon bei der geringsten Übertretung Inhaftierung oder auch Schlimmeres droht. Derzeit leben im Iran 300.000 Bahá'í. Der von Bahá'u'lláh (1817-1892) gestiftete Glaube lehrt die grundsätzliche Einheit der Religionen und zählt heute weltweit über 5,5 Millionen Anhänger. Die UNO und die EU haben die schweren Menschenrechtsverletzungen an den Bahá'í scharf verurteilt.

Detailliertere Informationen über die Lage der Bahá'í im Iran siehe:

<http://news.bahai.org/>

<http://www.bic.org/sites/default/files/pdf/inciting-hatred-book.pdf>